

P-11-098: Ziele und Grundsätze unserer Bildungsarbeit

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 98 einfügen:

3. den Fokus und vermitteln in diesem Rahmen auch das dafür nötige Faktenwissen.

P-11-103: Ziele und Grundsätze unserer Bildungsarbeit

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 103 einfügen:

4. beitragen und ihr erlangtes Wissen weiter in den Verband tragen.

P-11-118: Ziele und Grundsätze unserer Bildungsarbeit

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 118 einfügen:

7. Teilnehmer*innen etwas von einer Veranstaltung mitnehmen. Außerdem wollen wir strukturelle Hürden abbauen die es Mitgliedern zum Beispiel aufgrund von Körperlichen Behinderungen, Erwerbsarbeitszeiten, geringen Finanzmitteln oder Kindern erschwert an unser Bildungsarbeit teilzunehmen

P-12-034: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 34 einfügen:

Vertretung von Frauen, Inter- und Transpersonen in [Gremien](#).

P-12-114: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 114 einfügen:

Transpersonen achten. Das bedeutet, Hürden in der Ansprache und in unseren Strukturen

P-12-137: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Annka Esser

Antragstext

In Zeile 137:

~~richtiges Gendern~~ das Benutzen von genderinklusive Sprache

In Zeile 141:

nicht wissen, warum ~~gendern~~ genderinklusive Sprache

P-12-161: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Annka Esser

Antragstext

In Zeile 161:

bleibt!-

Auf dem Bundes- sowie Themenkongress sollen Formate angeboten werden, durch die unsere Mitglieder lernen gesellschaftliche Machtverhältnisse und damit einhergehend verinnerlichte Verhaltensmuster zu hinterfragen.

P-12-182: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 182 einfügen:

verschiedenen sozialen Hintergründe oder die Erfahrungen von Women of Color. Auch die Lebensrealität von Menschen und vor allem jungen Frauen mit Kindern, gerade von Einelterfamilien, wollen wir bei unseren Fördermaßnahmen mit berücksichtigen.

Begründung

Gerade junge Frauen mit Kindern stehen vor Hürden der Vereinbarkeit von Kind und Engagement, das stellt häufig eine Strukturelle Hürde da die wir abbauen können und sollten.

P-12-265: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

Nach Zeile 265 einfügen:

- Ausbau und finanzielle Absicherung von Kinderbetreuungsangeboten bei all unseren Veranstaltungen auf allen Ebenen und Einbeziehung der Lebensrealität von jungen Menschen mit Kindern in unsrer Veranstaltungsplanung

Begründung

Die Vereinbarkeit von Kindern und politischem Engagement betrifft noch immer vor allem junge Frauen in unserem Verband. Eine stärkere Etablierung von Kinderbetreuung als Selbstverständlichkeit auf unseren Veranstaltungen auf allen Ebenen erleichtert es jungen Müttern sich bei uns einzubringen

P-12-265-2: Unsere Geschlechterstrategie

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

Nach Zeile 265 einfügen:

- Ausbau und finanzielle Absicherung von Kinderbetreuung bei all unseren Veranstaltungen auf allen Ebenen und Einbeziehung der Lebensrealität von Menschen mit Kindern, or allem auch von ein Elter Familien, in unser Veranstaltungsplanung

Begründung

Noch immer betrifft die Vereinbarkeit von Kind und ehrenamtlichen Engagement auch bei uns vor allem Frauen. Durch die Selbstverständlichkeit von Kinderbetreuung auf allen GJ Veranstaltungen auf allen Ebenen erleichtern wir es jungen Müttern an unseren Veranstaltungen teilzuhaben und Verantwortung im Verband zu übernehmen

E-1-008: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Albert Wenzel

Antragstext

In Zeile 8 einfügen:

lebenswerten Planeten untergräbt. Wir fordern die Grüne Europafraktion deshalb auch auf, nur eine*n Kommissionspräsident*in zu unterstützen, die sich klar von von rechten Parteien abgrenzt.

Begründung

Nein zu Weber, ja zu Ska!

E-1-026: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Alexander Kräß

Antragstext

Von Zeile 26 bis 28:

~~3. Schluss mit Generation Praktikum — wir kämpfen für ein soziales Europa und Perspektiven für junge Menschen. Deshalb fordern wir eine verpflichtende Bezahlung für Praktika und faire Löhne auch in Ausbildungsberufen.~~ Nur ein soziales Europa kann jungen Menschen eine dauerhafte Perspektive bieten - deshalb kämpfen wir für die Koordinierung und Anpassung der europäischen Sozialsysteme, die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, sowie eine verpflichtende Bezahlung für Praktika und faire Löhne in Ausbildungsberufen.

Begründung

Ein soziales Europa ist notwendig, um einen Ausgleich zwischen den EU-Staaten zu schaffen und der EU eine langfristige Perspektive zu bieten. Die verpflichtende Bezahlung von Praktikant*innen und gute Löhne für Auszubildene sind dabei wichtige Bestandteile, jedoch darf sich ein soziales Europa nicht nur auf Praktikant*innen und Auszubildene begrenzen:

Eine progressive Angleichung der europäischen Mindestlöhne (Wobei dies nicht durch eine Absenkung nationaler Mindestlohniveaus stattfinden darf), sowie eine europäische Arbeitslosenversicherung können einerseits Lohndumping und innereuropäisches Outsourcing begrenzen, andererseits aber auch den persönlichen Bezug der Bürger*innen zu Europa stärken.

E-1-029: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Johannes Kopton

Antragstext

Von Zeile 29 bis 33:

~~4. Die Europäische Agrarpolitik muss endlich fördern, was Tiere, Pflanzen und das Klima schützt. Wir beenden die Subventionierung der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft und fördern mit den rund 50 Mrd. Euro an europäischen Agrarmitteln 100% Bio. Damit reduzieren wir die Belastung der Böden und des Wassers und fördern den Klima- wie auch Artenschutz in ganz Europa.~~

4. Die Aufgabe der Europäischen Agrarpolitik muss sein, nachhaltige Lebensmittelproduktion zu fördern. Anstelle pauschaler Flächenförderungen müssen sich die Subventionen auf Maßnahmen des öffentlichen Interesses konzentrieren. Dazu gehören etwa Umwelt- und Naturschutz, der Artenschutz, die Verbesserung des Tierwohls sowie die Produktion gesunder, regionaler Lebensmittel.

Begründung

„Industrialisierung der Landwirtschaft“ ist schwer zu definieren und kann auch z. B. digitale Methoden, Vertical/Urban Farming und Aquaponik einschließen, die der Produktion nachhaltiger Lebensmittel förderlich sein können. Die drängenden ökologischen Probleme unserer Zeit werden wir nicht durch die Rückkehr zur Landwirtschaft der vorindustriellen Zeit lösen können.

Bio-Landbau nach den aktuellen europäischen Standards kann ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Landwirtschaft sein. Auf 100% Bio nach diesen Standards festlegen sollten wir uns aber nicht, da auch dieser aus junggrüner Sicht nicht optimal ist (kaum vegan umsetzbar, hoher Flächen- und Wasserverbrauch, Einsatz von umweltschädlichen Schwermetallen). Vielmehr sollten wir im Rahmen dieses Antrags die konkreten Ziele benennen, um die es geht, unabhängig von Siegeln. Wir sollten uns bei der GAP konkret dafür einsetzen, dass die aktuelle pauschale Flächenprämie ersetzt wird durch das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ und nur gezielt für Betriebe eingesetzt wird, die zum Beispiel weniger oder gar keine Pestizide einsetzen, besondere Rücksicht auf Umwelt und Natur nehmen oder Tierleid reduzieren.

E-1-040: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Alexander Kräß

Antragstext

In Zeile 40:

werden, bei dem ~~Grund-~~sowohl soziale Grundrechte als auch

Begründung

Ein großes Problem in der Europäischen Union ist momentan auch, dass vor allem wirtschaftliche Strukturen im Vordergrund stehen und soziale Aspekte und insbesondere Gewerkschaften oft vernachlässigt werden. Um Europa gerecht und bürgerhärer zu gestalten, sollten darum auch soziale Aspekte und Rechte berücksichtigt und einklagbar sein.

E-1-050: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Rosa Domm u.a.

Antragstext

Von Zeile 50 bis 53:

~~9. Wer in Europa unterwegs ist, merkt schnell, der öffentliche Personenverkehr kann mit den Alternativen nicht konkurrieren. Das müssen wir ändern und darum steht die flächendeckende Elektrifizierung der Schiene und die Angleichung der Netze und Ticketsysteme ganz oben auf der verkehrspolitischen Agenda.~~

9. In einer klimagerechten Welt können wir uns die Emissionen von innereuropäischen Kurzstreckenflügen nicht leisten. Deswegen fordern wir den Aufbau eines transnationalen Schienennetzes, Buchungs- und Tarifsystems sowie schneller Nachtzugverbindungen. Kerosin muss endlich besteuert und kraftvolle Subventionen in unsere Zugkunft gesteckt werden!

Unterstützer*innen

Katharina Stolla

E-1-052: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Anton Jaekel

Antragstext

In Zeile 52 einfügen:

steht die flächendeckende Elektrifizierung der Schiene, [der Ausbau des Schienennetzes](#)

Begründung

Durch die europaweite Verdichtung des Schienennetzes wird der Umstieg auf die Bahn erleichtert und eine Verkehrswende so befördert.

E-1-056: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 56 einfügen:

wir eine europaweite Entkriminalisierung und Kostenübernahme

Begründung

Solange Schwangerschaftsabbrüche von betroffenen selbst getragen werden müssen, drängen wir sie auch bei einer Legalisierung weiterhin in gefährliche und teils sogar lebensgefährliche Methoden, wenn sie sich die legalen in Arztpraxen nicht leisten können.

E-1-064: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Antragsteller*innen: Sebastian Hansen

Antragstext

In Zeile 64 einfügen:

der Wahlaltershürde und aller anderen Wahlhürden.

13. Autoritäre Überwachungsphantasien müssen auch auf europäischer Ebene bekämpft werden! Wir lehnen deswegen die Schaffung europäischer Superdatenbanken, in denen personenbezogene Daten aus verschiedenen Bereichen zusammengefasst und miteinander verknüpft werden, ab. Die Zweckbindung von einmal erhobenen Daten muss zwingend erhalten bleiben.

Begründung

In der EU wird zurzeit die Schaffung einer riesigen Datenbank mit personenbezogenen Daten geplant. Dabei sollen Daten aus verschiedenen Bereichen wie bspw. Migration, Kriminalität oder Pass- und Meldewesen zusammengefasst und miteinander verknüpft werden. Zurzeit dürfen einmal erhobene Daten nur zu diesem Zweck genutzt werden, zu dem sie erhoben werden. Z.B. dürfen Passdaten nur genutzt werden, um an Flughäfen zu kontrollieren. Die Zweckbindung der Daten könnte durch eine oben beschriebene Datenbank aufgehoben werden. Insbesondere Polizeibehörden würden Zugriff auf eine enorme Menge an Daten erhalten und könnten diese zur verstärkten Überwachung der Bevölkerung nutzen. Auch wenn es bisher nicht ganz klar ist, wie die neue Datenbank aussehen würde, so ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir uns auch auf europäischer Ebene präventiv gegen solche Datenbanken, die Aufhebung von Zweckbindungen und die daraus möglicherweise resultierende Massenüberwachung positionieren. Die auf nationaler Ebene gegen Massenüberwachung geführten Kämpfe dürfen nicht durch EU-Richtlinien ausgehebelt werden. Privatsphäre muss auch auf europäischer Ebene erkämpft und verteidigt werden!

Quelle: <https://www.buzzfeed.com/de/petrasorge/eu-lisa-superbehoerde-neue-datenbank>

V-1-043: Gesundheit statt Globuli!

Antragsteller*innen: Benjamin Hilliger

Antragstext

Von Zeile 43 bis 46 löschen:

Homöopathie-Union macht jährlich einen Umsatz von über 100 Millionen Euro. ~~Andererseits hat die Homöopathie hier große Schnittpunkte mit Esoterik, Anthroposophie und anderen pseudowissenschaftlichen oder kultischen Bewegungen, bis hin zu antisemitischen Argumentationsmustern.~~

V-1-046: Gesundheit statt Globuli!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 46 einfügen:

bis hin zu antisemitischen Argumentationsmustern.

Insgesamt werden in der Debatte rund um homöopathische Behandlungsmethoden die Kritik an der Ökonomisierung des Gesundheitssystems und die Befürwortung von Homoöopathie häufig ineinander geworfen. Tatsächlich haben viele Ärzt*innen aufgrund von Unterbesetzung und finanzieller Mängel oft zu wenig Zeit für ihre Patient*innen und Entscheidungen in der Gesundheitspolitik werden zu sehr an Hand von ökonomischen Maßstäben getroffen. Diesen Problemen kommt man jedoch nicht mit sog "Alternativmedizin", sondern unter anderem mit einer besseren Finanzierung des Gesundheitssystems sowie guten Arbeitsbedingungen und klaren Regeln für die Pharmaindustrie bei.

V-1-054: Gesundheit statt Globuli!

Antragsteller*innen: Ole Erik Groot

Antragstext

Von Zeile 54 bis 55:

– ~~Keine~~Durch die Erstattung nicht-evidenzbasierter Behandlungsmethoden durch ~~Krankenkassen~~die Krankenkasse, darf sich der Beitrag in die Krankenkasse nicht erhöhen

Begründung

Einer Krankenkasse sollte es frei sein, nicht evidenzbasierten Behandlungen zu erstatten, jedoch darf sich - wenn die Krankenkasse experimentelle Behandlung zulässt - deswegen nicht der Beitrag erhöhen. Somit wären die Behandlungen ein kostenloses "Extra".

V-1-063: Gesundheit statt Globuli!

Antragsteller*innen: Ole Erik Groot

Antragstext

In Zeile 63:

Patient*innen über die ~~nicht-nachweisbare Wirksamkeit~~ Unterschiede der Homöopathie und der herkömmlichen Medizin

Begründung

Es ist den Patient*innen die ganze Breite an Unterschieden zu erklären und nicht lediglich der Punkt der nicht -nachweisbaren Wirksamkeit.

V-1-066: Gesundheit statt Globuli!

Antragsteller*innen: Ole Erik Groot

Antragstext

In Zeile 66:

- ~~Bessere~~ Verbesserung und Weiterentwicklung sowie bessere

Begründung

Ärztinnen* und Ärzten müssen sich in diesem Bereich der Medizin verbessern. Sonst besteht die Gefahr, dass durch nicht gegebener Qualifikation der Ärztinnen* und Ärzte eine höhere Vergütung anfällt, ohne sinnvolle Einsetzung der sprechende Medizin.

V-3-019: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Emma Richert

Antragstext

In Zeile 19 einfügen:

werden. Impfkritiker*innen zitieren viel zu oft einzelne Studien, die ihre Thesen belegen; die ihren Argumenten widersprüchlichen und damit die große Mehrzahl wissenschaftlicher Belege unterschlagen sie jedoch und verzerren damit die öffentliche Meinung. Dieses „cherry picking“ sowie auch eine falsche mediale Gewichtung, die sich beispielweise in Talkshows ergibt, wenn ein*e Impfgegner*in und ein*e Befürworter*in miteinander diskutieren, obwohl doch Gegner*innen in Wahrheit in der deutlichen Minderheit sind, verhilft Impfgegner*innen zu mehr Einfluss, mehr Öffentlichkeit und mehr Gewicht als ihre eigentliche Zahl begründen würde. Hinzu kommt das Phänomen des Unterlassungseffekts, der uns negative Konsequenzen als Folge eigener Handlungen als schlimmer bewerten lässt, als wenn dasselbe Ereignis ohne eigenes Zutun auftritt und welchen Kritiker*innen im Bezug auf Impfschäden schamlos ausnutzen. Über alle diese Praktiken und Argumentationsmuster muss dringend öffentlich aufgeklärt werden, um die wohl größte Gruppe der sogenannten Impfskeptiker*innen nicht zu verlieren. Eine Aufklärung muss auch hinsichtlich der Arbeit und Vorgehensweise der Ständigen Impfkommission (Stiko) erfolgen. Bereits in den letzten Jahren wurden Maßnahmen zur Öffnung des Gremiums unternommen, diese müssen weiter fortgeführt werden. Wir fordern daher die Öffentlichkeit der Sitzungen zur Steigerung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Empfehlungen und Aufnahmen bestimmter Impfstoffe in den Impfkalender.

V-3-026: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Johannes Kopton

Antragstext

Von Zeile 26 bis 28:

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine ~~Impfpflicht vor dem Eintritt in öffentlichen Kindertagesstätten, Kindergärten oder Schulen, beziehungsweise der Ausgabe von KiTa-Gutscheinen~~ generelle Impfpflicht für Kinder und Sanktionen für Sorgeberechtigte, die ihren Kindern diesen Schutz ohne medizinisch gerechtfertigte Gründe verwehren.

Begründung

Um alle Kinder zu erreichen, ist eine generelle Pflicht effektiver und tastet die Wahlfreiheit der Bildungseinrichtung nicht an.

Insbesondere an Schulen unter freier Trägerschaft besteht ansonsten die Gefahr, dass sich dort Kinder von Impfgegner*innen sammeln und so gerade dort der kollektive Impfschutz nicht mehr funktioniert.

Desweiteren können Kinder ja auch außerhalb von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sich und andere anstecken.

V-3-026-2: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 26 einfügen:

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine Impfpflicht für Masern.

V-3-029: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Leonie Köhler

Antragstext

In Zeile 29 einfügen:

Rücksicht auf medizinische Ausnahmen wie Immunerkrankungen, Allergien und Unverträglichkeiten

V-3-030: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 30:

Impfpflicht stellt natürlich einen Einschnitt in das
~~Selbstbestimmungsrecht~~ Selbstbestimmungs- und Erziehungsrecht

In Zeile 34 einfügen:

gerechtfertigt. Gerade aufgrund des Eingriffs in ein verfassungsrechtliches Gut, muss bei der Festlegung der Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Impfpflicht in besonderem Maße auf die Verhältnismäßigkeit geachtet werden. Hierfür sollen zunächst Rechtsgutachten bezüglich der Verfassungsmäßigkeit von verschiedenen Ausgestaltungen der Impfpflicht eingeholt werden

V-3-035: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

Von Zeile 35 bis 36:

~~Die~~ Darüber hinaus soll die Ständige Impfkommission (STIKO), die heute unter anderem Standardimpfungen empfiehlt, ~~soll~~ diejenigen Krankheiten erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu

V-3-036: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Johannes Kopton

Antragstext

Von Zeile 36 bis 39:

empfeht, soll diejenigen Krankheiten ~~erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu geringen Impfquote eine Impfpflicht geboten ist. Um eine solche Maßnahme auch effektiv umzusetzen, könnten im Falle einer nicht vollständigen Immunisierung des Kindes Geldstrafen erfolgen.~~ und die jeweiligen Altersgrenzen erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu geringen Impfquote eine Impfpflicht geboten ist.

Begründung

Um alle Kinder zu erreichen, ist eine generelle Pflicht effektiver und tastet die Wahlfreiheit der Bildungseinrichtung nicht an.

Insbesondere an Schulen unter freier Trägerschaft besteht ansonsten die Gefahr, dass sich dort Kinder von Impfgegner*innen sammeln und so gerade dort der kollektive Impfschutz nicht mehr funktioniert.

Desweiteren können Kinder ja auch außerhalb von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sich und andere anstecken.

(Zweigeteilter Änderungsantrag)

V-3-037: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 37 einfügen:

geringen Impfquote, möglichen besonders schwerwiegenden Krankheitsverläufen und der besonderen Bedeutung des Impfschutzes der Gemeinschaft (sog. Herdenschutz)

V-3-046: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 46 einfügen:

der Kinder abhängig gemacht wurde.

Gleichzeitig muss die Impfpflicht von Maßnahmen zur Steigerung der Impfrate bei Erwachsenen durch die Stärkung von aufsuchenden Impfangaboten begleitet werden, da auch diese zum Impfschutz der Gemeinschaft beitragen. So soll der Öffentliche Gesundheitsdienst in Betrieben aufklären und impfen dürfen und Ärzte sollen bei der Impfung von Kindern die Möglichkeit bekommen, die Eltern direkt mit zu impfen.

V-3-048: Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*innen: Emma Richert

Antragstext

In Zeile 48 einfügen:

Schutzimpfungen auch für Menschen nach dem 18. Lebensjahr. Des Weiteren ist es dringend von Nöten, das sogenannte passive Meldesystem (das Melden von eventuellen Nebenwirkungen ist derzeit für Ärzt*innen nicht verpflichtend) zu revolutionieren - hin zur Einführung eines Impfreisters nach norwegischem Vorbild sowie einer Meldepflicht von Nebenwirkungen bei Impfungen an das Paul Ehrlich Institut, um frühzeitig Impfstoffe vom Markt nehmen zu können, sowie eine wirklich aussagekräftige Statistik zu Nebenwirkungen und Impfschäden zu ermöglichen. So kann die weltweite Verknüpfung der Meldesysteme effizienter wirken und die digitale globale Vernetzung der entsprechenden Institute, die bereits besteht, ihre volle schützende Wirkung entfalten.

V-4-001: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen: Johannes Brink

Titel

Ändern in:

kein Überwachungsapparat!

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2 löschen:

~~**Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!**~~

V-4-001-2: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen: Daniel Laps

Titel

Ändern in:

Kein Verfassungsschutz, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Begründung

ggf. mündlich

V-4-017: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen: Rosa Domm u.a.

Antragstext

In Zeile 17:

bei, dass ein Generalverdacht alle ~~migrantisch~~nicht-weiß

Unterstützer*innen

Katharina Stolla

V-4-150: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen: Daniel Laps

Antragstext

In Zeile 150 einfügen:

braucht das Parlamentarische Kontrollgremium mehr Reichweite, [Ressourcen](#)

Begründung

a

V-4-334: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen: Sebastian Hansen

Antragstext

In Zeile 334 einfügen:

Bestandteil der Ausbildung von Staatsbediensteten sein. Zudem müssen menschenfeindliche Einstellungen, Handlungen und die Verwicklung in extrem rechte Strukturen dazu führen, dass die betroffenen Polizeibeamt*innen zügig und dauerhaft aus dem Dienst entfernt werden.

Begründung

Zuletzt wurden immer wieder, bspw. in Hessen, Verwicklungen von Polizist*innen in extrem rechte Strukturen aufgedeckt, in Augsburg wurde ein Polizist verurteilt, der einen Geflüchteten rassistisch beleidigt und verprügelt hatte und in München schickten sich Polizist*innen antisemitische Nachrichten zu. Es ist klar, dass Polizist*innen, die menschenfeindliche Einstellungen besitzen, entsprechende Handlungen begehen oder in extrem rechte Strukturen involviert sind, auf keinen Fall im Staatsdienst verbleiben können. Wir sollten deswegen fordern, dass Polizist*innen in solchen Fällen deutlich schneller aus dem Beamt*innenverhältnis entfernt werden.

V-4-562: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen: Sebastian Hansen

Antragstext

In Zeile 562 einfügen:

Darüber hinaus lehnen wir die von Innenminister Seehofer geforderte Ausdehnung der Befugnisse des Verfassungsschutzes auf Online-Durchsuchungen und die Überwachung von Kindern ab.

Gegen rechte Strukturen in Bundeswehr und MAD vorgehen!

Begründung

Den neuesten Entwicklungen im Bereich der Befugnisse des Verfassungsschutzes sollte noch Rechnung getragen werden.

V-5-042: Runter von der Matte, raus aus dem Konzertsaal! - Nazi-Strukturen aufdecken und bekämpfen!

Antragsteller*innen: Johannes Kopton u.a.

Antragstext

Von Zeile 42 bis 44:

~~Die Kopplung der staatlichen Förderung von Sportvereinen im Kampfsportbereich an die Präsenz von antidiskriminierenden und demokratischen Modulen und Lehrinhalten~~

Um die Verstrickung von Kampfsport und Nazi-Szene zu vermeiden, ist es besonders wichtig Aufklärungsarbeit zu leisten und linke oder unpolitische Alternativen zu bieten. Insbesondere sollen Trainer*innen die Möglichkeit bekommen, an speziellen Aufklärungsprogrammen zum Thema Rechtsextremismus im Kampfsport teilzunehmen.

Begründung

Sportvereine nur noch zu fördern, wenn explizit "antidiskriminierende" Inhalte gelehrt werden, wird der Realität kaum gerecht.

Die große Mehrheit an Sportvereinen, auch im Kampfsportbereich ist an sich absolut unpolitisch, trotzdem hat Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus dort keinen Platz. Neben explizit linken Vereinen sind es diese, die es Menschen ermöglichen sollten, Kampfsport zu betreiben und diesem einen friedlichen, sportlichen Sinn zu geben. Hier gibt es das größte Potenzial zur Prävention und Deradikalisierung von rechtem Gedankengut, vorausgesetzt, es herrscht ein kritisches Bewusstsein für Menschen, Veranstaltungen und andere Vereine, die der rechten Szene inhaltlich oder organisatorisch nahe stehen. Um dieses Bewusstsein zu schaffen, sollten Angebote für Trainer*innen und Verbandsfunktionär*innen gefördert werden, die diese sensibilisieren und ihnen Hilfe beim Umgang mit der rechten Kampfsportszene anbieten. So wird auch der Zusammenhalt innerhalb der antirassistischen Kampfsportszene gestärkt

Unterstützer*innen

Heloise Schröder

V-5-112: Runter von der Matte, raus aus dem Konzertsaal! - Nazi-Strukturen aufdecken und bekämpfen!

Antragsteller*innen: Jonas Graeber, Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 112 einfügen:

Forderungen wie auch für germano-faschistische Bands.

Immobilien

Ein weiteres großes Problem, das sich in den letzten Jahren verstärkt hat ist der Besitz von Immobilien durch Nazis. Hier können sie weitgehend ungestört Treffen abhalten, Material lagern oder auch Veranstaltungen bis hin zu Events durchführen. Insbesondere Orte, die auch als Veranstaltungslocations genutzt werden können, erfreuen sich dabei steigender Beliebtheit.

Als GRÜNE JUGEND erkennen wir an, dass Immobilien eine zentrale Rolle in der aktuellen Infrastruktur organisierter Neonazis spielen. Dementsprechend müssen sie bekämpft werden.

Dabei setzen wir bereits an den Wurzeln an: Bekannten Neonazis sollte es von Behördenseite durch genauere Prüfungen und eine striktere Anwendung von grundgesetzlichen Normen deutlich erschwert werden, Immobilien zu erwerben. Gleichzeitig müssen auch Immobilien-Makler*innen und Immobilien-Firmen sensibilisiert werden. Eine entsprechende Anpassung der Ausbildungsinhalte ist hier ein erster sinnvoller Schritt.

Gleichzeitig muss aber auch bereits bestehenden Neonazi-Immobilien konsequent entgegen getreten werden, da sie beispielsweise auch häufig Rückzugsort für Gewalttäter*innen und damit eine konkrete Gefahr für die anschließende Bevölkerung sind. Ein verstärkter polizeilicher Schutz der umliegenden Gegend ist wohl unausweichlich. Gleichzeitig müssen diese Immobilien aber auch stärker kontrolliert und im Zweifelsfall durchsucht werden.

Eines ist jedoch auch klar: Bei den gesammelten Forderungen bleibt unbestritten, dass die Polizei und die „Sicherheitsbehörden“ oftmals nicht Teil der Lösung sondern viel mehr Teil des Problems sind. Wenn wir einen verstärkten Einsatz von Behörden fordern, müssen wir auch die grundlegenden Denkmuster in Behörden und Gesamtbevölkerung hinterfragen und zu Fall bringen.

Oft bleibt von Nazigewalt Betroffenen nämlich nicht der Gang zur Behörde, sondern lediglich die Solidarität von antifaschistischen Strukturen. In diesem Sinne: #DankeAntifa!

Begründung
erfolgt mündlich

V-6-006: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Daniel Laps

Antragstext

In Zeile 6:

Seit Anfang 2019 gehen auch in ganz Deutschland Woche für Woche
Schüler*innen junge Menschen

Begründung

Bei Fridays for Future engagieren sich nicht nur Schüler*innen.

V-6-006-2: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 6:

Seit ~~Anfang 2019~~ Ende 2018

Begründung

mündlich

V-6-019: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Lilith Krupka

Antragstext

In Zeile 19 einfügen:

ausgestiegen sein. Exportgarantien und Bürgschaften für Komponenten für und für neue Kohlekraftwerke außerhalb Europas müssen schnellstmöglich eingestellt werden

Begründung

Kohlekraftwerke müssen schnellstmöglich weltweit abgeschaltet werden, wenn europäische Regierungen Exportgarantien und Bürgschaften für außereuropäische Kohlekraftwerke gewähren, können in Staaten mit einem niedrigeren Durchschnittseinkommen überhaupt erst Kohlekraftwerke finanziert werden.

V-6-020: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 20:

nur weil Teile ~~unserer Elterngeneration~~ der älteren Generation

V-6-021: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 21:

Schritte zu gehen. Die ~~selbsternannten Profis~~ Politiker*innen der heutigen Regierung und der Vorgänger-Regierungen

V-6-030: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

Von Zeile 30 bis 31:

Klimaschutz bisher vollkommen vernachlässigt hat. Die bisherige Klimapolitik der Bundesregierung hat ~~sich~~ bis zum heutigen Tag nicht geschafft, eine wirkliche Antwort und einen Fahrplan zu ~~sehr auf das Heute als auf das Morgen fokussiert~~ entwerfen, wie wir unter der 1.5 Grad Grenze bleiben. Wir solidarisieren uns

V-6-038: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
01.04.2019)

Antragstext

In Zeile 38 einfügen:

retten? [...] **Wir müssen handeln, und zwar jetzt!"**

Wir fordern alle Landesverbände von Bündnis90/die Grünen auf, zusammen mit den Landesregierungen Lösungen zu finden, wie Schüler*innen an besonderen Streiktagen (z.B. nationale oder globale Streiktage) teilnehmen können, ohne dass ihnen willkürliche 6-en eingetragen werden. Besonders die Grün geführten Landesregierungen stehen in der Verantwortung, ein Konzept vorzulegen, wie Schüler*innen dazu ermutigt werden, für ihre Rechte einzutreten (ohne Repression zu erfahren). Dazu gehört, außerdem die Forderungen rund um die Fridays for Future Bewegung in die Lehrpläne mit einzuarbeiten und so den jungen Menschen zu zeigen, dass sie sich einbringen können und die gesellschaftlichen Verhältnisse so auch verändern. Nur so können Demokratie und verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung erlebbar gemacht werden.

V-6-049: For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Antragsteller*innen: Daniel Laps

Antragstext

In Zeile 49 einfügen:

wir alle Schüler*innen, Studierende, Auszubildende und alle anderen jungen Menschen auf, sich weiterhin an den *Fridays for Future-*

V-7-001: Ticketwucher stoppen

Antragsteller*innen: Ole Erik Groot

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Die Grüne Jugend fordert eine ~~Überprüfung der aktuellen Rechtslage bezüglich des Zweitmarkts von Tickets für kulturelle und sportliche Veranstaltungen. Ziel ist die Eindämmung von Ticketverkäufen über dem Originalpreis.~~ Überarbeitung der aktuellen Rechtslage bezüglich des Zweitmarkts von Tickets für öffentliche Veranstaltungen mit dem Ziel Ticketverkäufe über dem Originalpreis einzudämmen.